

524,042

4-15-05

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

PCT

REC'D 21 DEC 2004

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT PCT

(Artikel 36 und Regel 70 PCT)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts ACDPA5207PWO	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/PEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/DE 03/02700	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 07.08.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 16.08.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK G07F11/62		
Anmelder DEUTSCHE POST AG		

1. Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.
2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 6 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.



☒ Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).

5

 Diese Anlagen umfassen insgesamt Blätter.

3. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- I ☒ Grundlage des Bescheids
- II ☐ Priorität
- III ☐ Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- IV ☐ Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- V ☒ Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- VI ☐ Bestimmte angeführte Unterlagen
- VII ☐ Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- VIII ☐ Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Datum der Einreichung des Antrags 10.03.2004	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 05.10.2004
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt - P.B. 5818 Patentlaan 2 NL-2280 HV Rijswijk - Pays Bas Tel. +31 70 340 - 2040 Tx: 31 651 epo nl Fax: +31 70 340 - 3016	Bevollmächtigter Bediensteter Ruester, H-B Tel. +31 70 340-2644 

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der Bestandteile der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):

Beschreibung, Seiten

1, 1a eingegangen am 05.08.2004 mit Schreiben vom 02.08.2004

Ansprüche, Nr.

1-7 eingegangen am 05.08.2004 mit Schreiben vom 02.08.2004

Zeichnungen, Blätter

1-3 ursprüngliche Fassung

2. Hinsichtlich der Sprache: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
- ☐ Ansprüche, Nr.:
- ☐ Zeichnungen, Blatt:

**INTERNATIONALER VORLÄUFIGER
PRÜFUNGSBERICHT**

Internationales Aktenzeichen PCT/DE 03/02700

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

- | | |
|--------------------------------|--|
| 1. Feststellung | |
| Neuheit (N) | Ja: Ansprüche 1-7
Nein: Ansprüche |
| Erfinderische Tätigkeit (IS) | Ja: Ansprüche
Nein: Ansprüche 1-7 |
| Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) | Ja: Ansprüche: 1-7
Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung nach Regel 66.2(a)(ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Die Internationale Vorläufige Prüfung wird mit den o.a. neuen Patentansprüchen und geänderter Beschreibungseinleitung fortgesetzt.

Die Änderungen überschreiten nicht das in den ursprünglichen Unterlagen Offenbarte und sind damit zulässig (Art.34(2)(b) PCT).

2. Folgende Dokumente werden auch weiterhin zur Bewertung der erfinderischen Tätigkeit herangezogen:

D1: DE19939744 A1

D2: EP0535707 A2

3. Die Argumentation der Erwiderung der Anmelderin vom 2. August 2004 auf den Bescheid vom 5. April 2004 ist nachfolgend berücksichtigt.

4. Ansprüche 1-6

- 4.1 Art.33(2) PCT, Neuheit

Der Argumentation der Anmelderin bezüglich Neuheit des Gegenstands des nunmehr gültigen Anspruchs 1 wird gefolgt. In der Tat weist weder der Gegenstand des Dokuments D1 noch der des Dokuments D2 eine zentrale Datenverarbeitungseinheit auf, die Beschickungsanweisungen (Angebotsidentifikationscodes) an mehrere Verkaufsautomaten (zugleich) übermittelt,

wobei Angebotsdaten in einer zentralen Datenverarbeitungseinheit erfaßt werden (vgl. insbes. Anspruch 75 und Sp. 11, Z. 44 bis Sp. 12, Z. 18); Bei übereinstimmenden Angeboten werden identische Angebotsidentifikationscodes (Warenidentifizierungen) zugeordnet, und die Angebotsidentifikationscodes an mehrere elektronische Verkaufsautomaten übermittelt, wonach eine Befüllung von für die Warenausgabe vorgesehenen Aufbewahrungsfächern (Ablagefächer) mit Waren erfolgt, wobei die zu den Waren zugehörigen Angebotsidentifikationscodes (durch Warenidentifizierungsvorrichtung 340) erfaßt werden.

Der Gegenstand des Anspruchs 1 und der von diesem abhängenden Ansprüche 2-6 ist mithin neu im Sinne des Art.33(2) PCT.

4.2 Art.33(3) PCT, Erfinderische Tätigkeit

4.2.1 Unabhängiger Anspruch 1

Der technische Kern des Gegenstands des Anspruchs 1 liegt in der Steuerung eines oder mehrerer Verkaufsautomaten durch eine zentrale Datenverarbeitungseinheit, wobei eine geschäftliche Tätigkeit betreffende Daten in Steuerbefehle für den/die Verkaufsautomaten umgewandelt, an diese/n übertragen werden und dort die Betriebsparameter (Betriebsfunktionen) verändern können. Beim Befüllen der Warenausgabe werden zudem "Angebotsidentifikationscodes" erfaßt.

Wie bereits im Bescheid vom 6. April 2004 festgestellt, entnimmt der Fachmann ein diesem Gegenstand naheliegendes Verfahren zum Betreiben einer Warenlagerungs- und Übergabevorrichtung für Waren aller Art aus Dokument D1, die offensichtlich auch mit veränderlichen Betriebsparametern gesteuert wird (vgl. insbes. Sp. 14, Z. 13 bis Sp. 15, Z.32). Dieses Verfahren erlaubt es, die genannte Vorrichtung sowohl als Aufbewahrungs- als auch als Verkaufsautomat zu benutzen.

Das bekannte Verfahren weist in einer Variante auch die Steuerung mehrerer Aufbewahrungsautomaten durch eine zentrale Datenverarbeitungseinheit auf (vgl. Sp. 12, Z. 20 - 40). Es unterscheidet sich allerdings darin, daß die von der zentralen Datenverarbeitungseinheit übertragenen Betriebsparameter nur eine biometrische Identifikation und nicht Verkaufszeiten, Preise, Angebotsinhalte, Angebote in Abhängigkeit von Benutzergruppen beinhalten.

Die objektive Aufgabe wäre, bei dem bekannten Verfahren eine flexiblere Ausgestaltung zentral zu ermittelnder Betriebsparameter zu erreichen.

Der Fachmann hätte bei Kenntnis des Gegenstands der D1 dieses Problem erkannt und als Basis für die an sich funktional bekannten Betriebsparameter eine Kombination beliebiger (für ihn ablauforganisatorisch wesentlicher) Informationen vorgeschlagen, wie sie z.B. aus der D2 (vgl. z.B. D2, Anspruch 1) bekannt ist. Diese Lösung bedarf lediglich einer Änderung des entsprechenden Softwaremoduls und setzt keine erfinderische Tätigkeit voraus.

Der Gegenstand des gültigen Anspruchs 1 ist mithin nicht erfinderisch im Sinne von Art.33(3) PCT).

4.2.2 Abhängige Ansprüche 2-6

Auch die von Anspruch 1 abhängigen Ansprüche 2-6 enthalten keine zusätzlichen Merkmale, die einzeln oder in Kombination miteinander einen Gegenstand ergeben würden, der die Erfordernisse des Art.33(1) PCT in bezug erfinderische Tätigkeit erfüllen würde.

Auf den Bescheid vom 5. April 2004 wird verwiesen.

Zudem: Anspruch 5 enthält keine zusätzlichen technischen Merkmale, die zur Lösung eines technischen Problems beitragen könnten.

Die in Anspruch 6 angesprochene Anwendung im Postbereich ist bei gegebenem Stand der Technik nach der D1 nahegelegt (siehe Zitat auf Sp.2 Zeilen 10-28) und daher ebenfalls nicht erfinderisch. Es sind weder technische Probleme zu lösen, die über den St.d.T. erfinderisch hinaus gehen, noch sind Vorurteile zu überkommen, die eine derartige Anwendung seither verhindert hätten.

5. Anspruch 7

Der gültige Anspruch 7 betrifft einen Verkaufsautomaten zur Durchführung des Verfahrens nach dem gültigen Anspruch 1 mit den aus diesem bekannten Merkmalen.

Die Beurteilung des gültigen Anspruchs 1 ist analog auf Anspruch 7 anzuwenden: Der Gegenstand des gültigen Anspruchs 7 ist nicht erfinderisch im Sinne von Art.33(3) PCT).

Verfahren zum Betreiben eines Verkaufsautomaten und
Verkaufssystem

EPO - DG 1

05.08.2004

Neue Beschreibungsseiten:

5

Die Erfindung betrifft ein Verfahren zum Betreiben eines Ver-
kaufsautomaten, wobei Waren in Aufbewahrungsfächer eingegeben
und anschließend von Kunden aus den Aufbewahrungsfächern ent-
nommen werden können.

(61)

10

Die Erfindung betrifft ferner ein Verkaufssystem.

Es sind eine Vielzahl von Verfahren zum Verkaufen von Waren
über automatisierte Verkaufseinrichtungen bekannt.

15

Durch offenkundige Vorbenutzung sind Verkaufseinrichtungen
bekannt, die eine Vielzahl von Fächern enthalten, in denen
sich jeweils mehrere Waren befinden. Die Verkaufseinrich-
tungen enthalten ferner eine Münzeinwurfvorrichtung. Gibt ein
Benutzer einen Geldbetrag ein, kann er solange, bis der Geld-
betrag aufgebraucht ist, einzelne Warenausgabefächer an-
wählen, sodass die den Warenausgabefächern zugeordneten Waren
ausgegeben werden können.

20

25 Ferner sind individualisierte Verkaufsautomaten bekannt, bei
denen verschiedene Händler durch an sie vergebene Händler-
codes Zugriff auf eine Schließfachanlage und eine damit ver-
bundene Recheneinheit haben. Hierbei werden jeweils indivi-
duell Bedingungen für die Entnahme von Waren festgelegt.

30

Die deutsche Offenlegungsschrift DE 199 39 744 A1 beschreibt
beispielsweise eine Warenlagerungs- und Übergabevorrichtung
für Privathaushalte und Gewerbe und ein Verfahren hierzu.

Dabei werden in einer Übergabevorrichtung beispielsweise vorhandene Lagerschränke, Regale, Kühlschränke, Gefrierschränke, Ofen, Mikrowellen und/oder Temperierschränke dazu genutzt, in die Übergabevorrichtung eingebrachte Waren aufzunehmen und nach den entsprechenden Erfordernissen zu lagern. Die eingebrachten Waren werden vorzugsweise direkt in die gewünschte Endlagerung eingebracht, so dass der Empfänger keinen Transfer von einem Zwischenlager in eine Endlagerung durchführen muss.

10

Aus der europäischen Patentanmeldung EP 0 535 707 A2 ist ferner ein Verkaufssystem mit einer vorgebbaren Anzahl von Fächern bekannt, in dem neben einer Reservierung von Fächern für bestellte Waren eines Kunden eine Befüllung der verbleibenden Fächer mit Waren vorgesehen ist. Der Lieferant gibt Angebotsinformationen wie Preise, Beschreibungen oder Bilder in die Verkaufsanlage ein und die Informationen werden einem Kunden beispielsweise per Telefon oder BTX-Terminal übertragen. Dabei werden die Informationen einem sich ändernden Warenangebot angepasst.

20

Der Erfindung liegt die Aufgabe zugrunde, ein Verfahren zu finden, das die Vorteile der bekannten Verfahren miteinander vereint.

25

05. 08. 2004

Neue Patentansprüche:

(61)

1. Verfahren zum Steuern eines Verkaufsautomaten, bei dem
Waren in Aufbewahrungsfächer eingegeben und von Kunden
5 aus den Aufbewahrungsfächern entnommen werden können,
wobei Angebotsdaten in einer zentralen
Datenverarbeitungseinheit erfasst werden, bei
übereinstimmenden Angeboten identische
Angebotsidentifikationscodes zugeordnet werden, dass die
10 Angebotsidentifikationscodes an mehrere elektronische
Verkaufsautomaten übermittelt werden, dass eine
Befüllung von für die Warenausgabe vorgesehenen
Aufbewahrungsfächern mit Waren erfolgt, und dass zu den
Waren zugehörige Angebotsidentifikationscodes erfasst
15 werden, dadurch gekennzeichnet,
- dass in der zentralen Datenverarbeitungseinheit Daten
für die Steuerung des Verkaufsautomaten gespeichert,
in Steuerbefehle für die Steuerung des
Verkaufsautomaten umgewandelt und die Steuerbefehle an
20 den Verkaufsautomaten übertragen werden,
- wobei bei einer Änderung der gespeicherten Daten
Steuerbefehle an den Verkaufsautomaten übertragen
werden, welche die Betriebsparameter des
Verkaufsautomaten verändern, und die Betriebsparameter
25 wenigstens Verkaufszeiten, Preise, Angebotsinhalte,
Angebote in Abhängigkeit von Benutzergruppen und die
Anzahl der Betriebsfunktionen beinhalten, und
- dass die Steuerbefehle derart in eine im Bereich des
Verkaufsautomaten befindliche elektronische
30 Steuereinheit eingreifen, dass die Auswahl von zur
Verfügung stehenden Betriebsfunktionen verändert wird,
wobei

- eine erste Betriebsfunktion die Verwendung der Aufbewahrungsfächer für ein Verkaufsystem und eine zweite Betriebsfunktion die Verwendung der Aufbewahrungsfächer für ein Logistiksystem zum
Zusenden und/oder Abholen von Waren vorsieht.

2. Verfahren nach Anspruch 1,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Einlagerung der Waren in den Verkaufsautomaten
an die zentrale Datenverarbeitungseinheit übermittelt
wird.
3. Verfahren nach einem oder beiden der Ansprüche 1 und 2,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Belegung der Fächer mit den Waren über eine
graphische Darstellungseinheit angezeigt werden.
4. Verfahren nach einem oder mehreren der vorangegangenen
Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet,
dass Waren einzelner Fächer für einen bestimmten
Zeitraum reserviert werden können.
5. Verfahren nach einem oder mehreren der vorangegangenen
Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet,
dass in der zentralen Datenverarbeitungseinheit und/oder
in dem Verkaufsautomaten Informationen über verschiedene
Benutzergruppen des Verkaufsautomaten und Informationen
über die Auswahl einzelner Angebote in Abhängigkeit von
den jeweiligen Benutzergruppen gespeichert werden.

6. Verfahren nach einem oder mehreren der vorangegangenen Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet,
dass Postsendungen zu dem Verkaufsautomaten transportiert, wenigstens in einzelne der Aufbewahrungsfächer eingebracht und für eine spätere Abholung aufbewahrt werden, wobei die Postsendungen von dem Verkaufsautomaten erfasst und in wenigstens einen Teil der Aufbewahrungsfächer eingegeben werden, und dass die Postsendungen zu einem späteren Zeitpunkt aus den Aufbewahrungsfächern entnommen und zu einem Zielort transportiert werden.

7. Verkaufsautomat mit Aufbewahrungsfächern für die Aufbewahrung von Waren,
dadurch gekennzeichnet,
dass eine mit dem Verkaufsautomaten verbundene zentrale Datenverarbeitungseinheit Mittel zu einer flexiblen Zuordnung der Aufbewahrungsfächer für ein Verkaufssystem und/oder ein Logistiksystem zum Zusenden und/oder Abholen von Waren enthält, wobei durch die Mittel Steuerbefehle erzeugbar und an den Verkaufsautomaten übermittelbar sind, und die Steuerbefehle derart in eine im Bereich des Verkaufsautomaten befindliche elektronische Steuereinheit eingreifen, dass die Auswahl von zur Verfügung stehenden Betriebsfunktionen verändert wird, wobei eine erste Betriebsfunktion die Verwendung der Aufbewahrungsfächer für ein Verkaufssystem und eine zweite Betriebsfunktion die Verwendung der Aufbewahrungsfächer für ein Logistiksystem zum Zusenden und/oder Abholen von Waren vorsieht.